

threaten peace and order. Ultimately, the extraordinary measures needed to protect that system do not build on the same notion of “internal” order and “external” anarchy that form the foundation of the essentialist and nominalist notions of the international system. Rather, this relationship is turned inside out, as “sovereignty no longer finds its ultimate justification in the provision of domestic peace and order, but rather in the promise of international peace and order” (p. 99).

Although this book may seem short, it is a culmination of many years of work on the topic and constitutes an important contribution that challenges the foundations on which international relations is built. It is an interesting yet challenging read for post-graduate students and scholars in the fields of international relations, international law as well as global studies. The author succeeds in making complex ideas fathomable to a wider readership as well as covering concisely many key critical social scientific topics emerging out of the changing global order of the so-called post-Cold War world.

Dominik Nagl: No Part of the Mother Country, but Distinct Dominions. Rechtstransfer, Staatsbildung und Governance in England, Massachusetts und South Carolina, 1630–1769 (Studien zu Geschichte, Politik und Gesellschaft Nordamerikas, Bd. 33), Berlin: LIT Verlag 2013, 792 S.

Rezensiert von
Oliver Krause, Leipzig

Dominik Nagls veröffentlichte Dissertationsschrift ist das Resultat seiner Forschungen im Rahmen des DFG-Sonderforschungsbereichs 700 im Teilprojekt „Colonial Governance und Mikrotechniken der Macht. Englische und französische Kolonialbesitzungen in Nordamerika, 1680–1760“, aus dessen konzeptioneller Ausrichtung sich der Fokus für die Untersuchung ergibt. Ausgangspunkt für Nagls vergleichende Betrachtung des transatlantischen Rechts- und Institutionentransfers in die nordamerikanischen Kolonien South Carolina und Massachusetts ist die Verfassungs- und Verwaltungsstruktur des englischen Königreiches und des britischen Empires. Nagls Studie schließt in Grundzügen an die New Imperial History an, ohne dabei die Strukturgeschichte zu vernachlässigen. Mit dem Anspruch, die „wichtigsten staatlichen und nicht staatlichen Regierungsmechanismen, Gerichts- und Verwaltungsinstitutionen sowie sozialen Straf- und Disziplinierungspraktiken im Kontext des frühneuzeitlichen Nordamerika“ (S. 15) zu untersuchen, weist er

über die u. a. von Jürgen Osterhammel kritisierte Begrenztheit auf die Betrachtung individueller Erfahrungen in der New Imperial History hinaus.

Grundlage der Untersuchung sind zwei Kolonien in Nordamerika, die einerseits Gemeinsamkeiten, aber auch gravierende Unterschiede in der Gesellschaftsstruktur und den geografischen Bedingungen vorweisen, was Auswirkungen auf die Ökonomie der Kolonien hat, die andererseits Teil des britischen Empires sind und damit unter dem Aspekt des Transfers zwischen England und den Kolonien betrachtet werden können. Im Vergleich zwischen diesen Kolonien zeigt sich das Spektrum von Adaption oder Zurückweisung imperialer und englischer Rechts-, Verwaltungs- und Verfassungsstrukturen. Nagl erweitert die Vergleichsgeschichte der Kolonie um die Dimension des Transfers zwischen Mutterland und Kolonien. Entgegen der „Samen-Baum“-These von David Hackett Fischer, der eine *histoire totale* der Kolonien verfasst, die von Nagl als teleologisch bezeichnet wird und zudem von einer kulturellen Homogenisierung ausgeht, in der die Entwicklung der verschiedenen Kolonien von der Herkunft der Siedler geprägt ist, sucht Nagl die Nähe zu Frederick Jackson Turners „Frontier“-These. Durch die Neuinterpretation der Frontier als kulturelle Kontaktzone, in der Einflüsse auf unterschiedlichste Art neu kombiniert und mithilfe des Governance-Konzepts untersucht werden können, ohne einer herkunftsbezogenen Richtung zu folgen, gelingt Nagl ein gewinnbringender Beitrag zur Forschungsdebatte, indem abseits der staatlich-hierarchischen Formen des Regierens auch regionale und lokale korporative Formen in Betracht gezogen werden. Abseits der allgemeinen Definition des Governance-Konzepts, das

ein Zusammenwirken von staatlichen und privaten Akteuren impliziert, die den Aufbau der gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Ordnung gestalten, entscheidet sich Nagl für die Aufweichung des Konzepts zugunsten der Einbeziehung nicht-staatlich geordneter Formen des Regierens. Der Fokus liegt auf allen Formen des Regierens, um eine Verengung des Blicks zu vermeiden, der Akteure ausschließen und nur bestimmte Formen des Regierens einbeziehen würde. Das Governance-Konzept soll aber keinesfalls den Begriff des Staates ersetzen; Nagl befasst sich in der Einleitung mit der weitreichenden sozial- und geschichtswissenschaftlichen Debatte um die Entstehung von Staatlichkeit in der Frühen Neuzeit und mit der Diskussion um die Bedeutung von Imperien. Er definiert den Staat als Monarchie, nicht ohne darauf hinzuweisen, dass er theoretisch an Michel Foucault, Markus Meumann, Ralf Pröve, André Holenstein und Jack P. Greene anschließt, die bei der Entstehung von staatlichen Strukturen den Aushandlungs- und Verhandlungscharakter des konstituierenden Kommunikationsprozesses betonen, um damit die Entstehung der Staatlichkeit von *unten* und *oben* durch die Existenz von Netzwerken zwischen den verschiedenen Ebenen des Regierens zu erklären. Von den Thesen, die die Zentralisierung von Machtmitteln in den Mittelpunkt der Untersuchungen stellen, distanziert sich Nagl.

Theoretisch entwickelt Nagl in der Einleitung aus der Debatte um die verschiedenen Optionen der Staatsbildung bei Gerhard Oestreich, Otto Hintze, Wolfgang Reinhard, Foucault und Meumann/Pröve, Gilles Deleuze, Félix Guattari und Saskia Sassen mit dem Konzept der Governance-Netzwerke ein Modell zur Betrachtung des Aufbaus von

Staatlichkeit in der Frühen Neuzeit, um die Besonderheiten der regionalen und lokalen Formen des Regierens, der Strafverfolgung, der Sozialfürsorge, der Gesetzgebung und der Gerichtsbarkeit in den nordamerikanischen Kolonien Englands erfassen zu können, die vor allem von puritanisch geprägten Familiennetzwerken bestimmt waren.

Der theoretischen Debatte folgend, widmet sich Nagl im zweiten und dritten Kapitel der acht Kapitel umfassenden Arbeit der administrativen Struktur, den Verwaltungseinheiten und den Strafverfolgungseinrichtungen in England. Das zweite Kapitel ist eine sehr detailgetreue Darstellung, die bis ins 11. Jh.s hinein die Grundlagen der englischen Rechtssprechung untersucht. Im dritten Kapitel folgt die Schilderung der konstituierenden Elemente des englischen Rechts- und Regierungssystems sowie der lokalen Verwaltungs- und Strafverfolgungsinstitutionen. Ein knappes Zwischenfazit fasst die Darstellungen jeweils zusammen.

Das vierte Kapitel umreißt den Aufbau der Verwaltungs- und Rechtsinstitutionen in Massachusetts und South Carolina seit den 1630er Jahren bis zum Vorabend des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges. Es zeichnet den Einfluss der Geographie, die damit verbundenen Unterschiede für die Ökonomie der beiden Kolonien und die Auswirkung des Puritanismus sowie den Umgang mit der indigenen Bevölkerung für die Entwicklung der Institutionen nach. Ein Zwischenfazit im Anschluss an die Darstellung vergleicht die Entwicklung der beiden Kolonien.

Im fünften Kapitel widmet sich Nagl der Darstellung der Gerichtsstrukturen und der Strafverfolgungsinstitutionen in einem direkteren Vergleich als im vorherigen Kapitel; das Augenmerk liegt auf dem Transfer von

englischen und europäischen Rechtstraditionen und Mentalitäten, religiösen Überzeugungen und Verwaltungsinstitutionen in die Kolonien anhand der in den vorangegangenen Kapiteln vorgestellten Parameter wie etwa dem Gerichtsaufbau oder der Person des *sheriffs*.

Im sechsten Kapitel umreißt er die öffentliche Armenfürsorge, das Gefängniswesen und weitere Disziplinierungspraktiken und Kontrollmechanismen anhand von publizierten wie auch ungedruckten Quellen. Im folgenden Kapitel untersucht Nagl die Entwicklung des Sklavenrechts in England, South Carolina und Massachusetts und dessen praktischer Anwendung in den Kolonien. Das achte Kapitel dient der Schlussbetrachtung und dem Rekurs auf einige der einleitenden Fragestellungen, bleibt aber mit nur acht Seiten vergleichsweise gering.

Insgesamt stellt Dominik Nagls Arbeit eine Neuinterpretation von Quellenmaterial dar, indem er unter dem Konzept der Governance-Netzwerke eine vergleichende Transfergeschichte erzählt, der es gelingt, die unterschiedlichen Formen der Adaption englischer Rechtstraditionen und Verwaltungsinstitutionen in beiden nordamerikanischen Kolonien Englands auf der lokalen und regionalen Ebene eindringlich und klar strukturiert darzustellen. Nagl liefert sowohl eine detaillierte Vergleichsgeschichte der Entwicklungen in den beiden Kolonien South Carolina und Massachusetts als auch eine Transfergeschichte der Beziehungen zwischen England und seinen Kolonien, die dem Anspruch gerecht werden, einen neuen Blick auf die Entwicklung der Praktiken und Institutionen des Regierens in den Kolonien zu liefern.

Kritisch ist hingegen die Balance zwischen Darstellung in den Kapiteln vier bis sieben

und der Analyse zu betrachten, die eindeutig zu Ungunsten der Analyse ausfällt. In der Schlussbetrachtung folgt keine intensive Auseinandersetzung mit der umfassenden Forschungsliteratur zum Staatsbildungsprozess, wie es Titel und Einleitung vermuten lassen. Unter Bezug auf André Holenstein beantwortet Nagl die Frage nach den Staatsbildungsprozessen in der Frühen Neuzeit mit der Aussage, es gelte vielmehr „zu erkennen, dass es sich bei Staatsbildungsprozessen um widersprüchliche Mehrebenenphänomene handelt, deren konkreter Verlauf von kontingenten Umweltfaktoren und komplexen politischen Aushandlungsprozessen abhängt“ (S. 709). Eine tiefer gehende Analyse und Auseinandersetzung mit den Theorien des frühneuzeitlichen Staatsbildungsprozesses wäre wünschenswert gewesen, um die Darstellung der Funktionsweise verschiedenster Institutionen und die Anwendbarkeit des Modells der Governance-Netzwerke stärker auf die angesprochenen Theorien zu beziehen. Kleine Flüchtigkeitsfehler seien angemerkt (etwa Richard Brewer statt John Brewer mit dem Konzept des *fiscal-military-state* in Verbindung zu bringen, S. 168).¹ Mit einer prägnanteren Auswahl der untersuchten Institutionen wäre die gleiche Nachhaltigkeit der Beweisführung möglich und das Potenzial des theoretischen Modells nachweisbar gewesen, was der Zusammenführung von Darstellung und theoretischer Analyse mehr Raum gegeben hätte.

Anmerkung

- 1 J. Brewer, *The Sinews of Power. War, Money and the English state, 1688–1783*, Cambridge 1990.

Stefan Rinke / Kay Schiller (eds.): The FIFA World Cup 1930–2010. Politics, Commerce, Spectacle and Identities, Göttingen: Wallstein Verlag 2014, 408 S.

Rezensiert von
Stephan Ruderer, Münster

Die Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien hat u. a. eine Reihe von Neuerscheinungen zum Thema Fußball mit sich gebracht.¹ Während die meisten Bücher einen eher populärwissenschaftlichen Anspruch haben, liegt mit dem zu besprechenden Band die erste wissenschaftliche Annäherung an die gesamte Geschichte der Fußballweltmeisterschaften vor. Das Buch entstand aus einer von der FIFA gesponserten Tagung, doch betonen die Herausgeber, dass der Fußballweltverband keinen Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung genommen hat. Der Band beinhaltet 18 chronologisch geordnete und zumeist von renommierten Experten verfasste Artikel zu allen WM-Endrunden bis 2010, denen zwei grundlegende Beiträge von David Goldblatt und Alan Tomlinson vorangestellt sind.

Goldblatt zeichnet die Geschichte der Fußballweltmeisterschaft von einem kleinen, fast schon regionalen Ereignis im Jahr 1930 hin zu einem „truly popular cosmopolitan festival of a truly cosmopolitan era“ (S. 26) nach und interpretiert die Entwicklung der WM als ein Abbild der Globalisierungsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Tomlinson behandelt in erster